

Nur einen Monat nach der Landtagswahl:

Betrug am Wähler!

Vor den Wahlen war alles anders – Umweltminister Görlach sprach sich in Mörfelden gegen die geplante Startbahn West des Flughafens aus – im Frühjahr war es sogar Börner höchstpersönlich, der in der Walldorfer Stadthalle große Bedenken gegen einen weiteren Ausbau äußerte.

Jetzt – wenige Wochen nach der Landtagswahl – wird bekannt, daß die hessische Landesregierung beabsichtigt, Wald an die FAG zu verkaufen, der zum Bau der neuen Startbahn benötigt würde. Dies ist, gelinde gesagt, Betrug am Wähler.

Damit bestätigt sich die Warnung der DKP – wir sagten schon vor der Wahl, diesen Versprechungen ist nicht zu trauen. Es ist eine Tatsache, die „Spitzenpolitiker“ aller im Landtag vertretenen Parteien wollen die Startbahn West. Warum dies so ist, sagte am deutlichsten Ministerpräsident Börner selbst, wenn er meint, Industrie und Banken seien untrennbar mit dem Flughafen verbunden. Darum geht es. Es sind die Bedürfnisse der Konzerne in unserem Ballungsgebiet, die den Ausbau gebieterisch fordern. An die Menschen, die hier leben, wird dabei nicht gedacht. Den profitsüchtigen Industriemanagern und den Herren der Landesregierung ist es dabei egal, was aus unserem Lebensraum wird, sie haben immer die Gelegenheit, sich in ruhigen Gegenden niederzulassen. Wir aber wohnen hier und wir wollen

auch morgen noch hier leben können. Beim Bau einer neuen Startbahn würden 375 Hektar einer geschlossenen Waldfläche zerstört. Ein unverzichtbares Naherholungsgebiet ginge verloren, der Fluglärm und die Luftverschmutzung in unserem ohnehin überlasteten Gebiet würden zunehmen. Der Bau der Startbahn West wäre für diese und die

kommenden Generationen unverantwortlich. Doch trotz dieser Tatsachen und der Proteste der Bevölkerung gehen die Bauvorbereitungen ständig weiter. Noch in diesem Winter soll bereits mit dem Waldeinschlag für die Verlängerung der beiden vorhandenen Startbahnen begonnen werden. Und sind erst einmal die Parallelbahnen verschoben, dann hat



In den vergangenen Wochen trat die DKP mit vielen Aktionen gegen den Flughafen-Ausbau an die Öffentlichkeit. Unser Bild wurde bei einem großen Autokorso rings um den Flughafen aufgenommen.

man auch Anschluß an die Startbahn West.

In diesen Tagen verlangte auch Staatssekretär Ruhnau vom Bundesverkehrsministerium den „baldigen Baubeginn“ und signalisierte damit Druck aus Bonn. So werden immer neue Tatsachen geschaffen und die Bürgermeinung dabei mißachtet.

Trotzdem wäre es falsch, abzuwinken und zu sagen: „Die da oben machen doch was sie wollen.“

Wir sagen: Wenn die Bevölkerung geschlossen auftritt, dann bleibt der Erfolg nicht aus.

Es gibt viele Möglichkeiten, Protest zu zeigen und Unmut zu formulieren. Man kann in der Bürgerversammlung sprechen, man kann Unterschriften sammeln — die Bürgerinitiative „Mörfelden bleibt“ müßte aktiv werden, alle gesellschaftlichen Organisationen, die Vereine, die Parteien, der DGB, die Kirchen — aber auch die Betriebsräte der hiesigen Betriebe — sollten jetzt gemeinsam mobil machen.

Wehren müssen wir uns heute, morgen wird es zu spät sein.

Rudi Hechler

Halbherzig

Vor sechs Wochen verabschiedete die Stadtverordnetenversammlung zwei Anträge der DKP gegen die Ausbaupläne des Flughafens. Eine Protestresolution sollte verschickt, Unterschriftenlisten gegen die Startbahn gedruckt und allen gesellschaftlichen Organisationen unserer Stadt zur Verfügung gestellt werden. Bis heute liegen die Beschlüsse offenbar in der Schublade des Bürgermeisters, denn es ist nichts von den beschlossenen Maßnahmen zu sehen. Dieses langsame und halbherzige Vorgehen ist nicht in Ordnung.

Erhältlich bei den Mitgliedern der DKP

Programm

der Deutschen Kommunistischen Partei

Beschlossen auf dem Mannheimer Parteitag

Auch ohne neue Startbahn ein moderner Flughafen

Angesichts der über 2.500 Arbeitsplätze, die der Flughafen Bürgern unserer Stadt bietet, versteht es sich von selbst, daß wir keine Flughafen-Gegner sind. Wir sind aber dafür, daß andere als die geplanten Maßnahmen gefunden werden, um die Kapazität des Flughafens zu erhalten und auszubauen.

Hierzu machen wir folgende Vorschläge:

1. Frachtflugzeuge sollten außerhalb der Spitzenzeiten abgefertigt werden.
2. Luftverkehrsgesellschaften, die keine Anbindung an den internationalen Flugverkehr benötigen, sollten nicht zusätzlich nach Frankfurt als Basis geholt werden.
3. Zu den Spitzenzeiten wird nur Linien- und Charterverkehr zugelassen. Alle anderen Flugzeuge müssen diese „Stoßzeiten“ meiden (z.B. Privat-Jets).
4. Wir bitten um neue Initiativen, die zum Abzug der US-Streitkräfte vom Rhein-Main-Flughafen führen könnten. Der militärische Flugverkehr ist eine zusätzliche Belastung (die schon frühmorgens landenden Galaxy-Transporter erreichen fast

Lärmwerte der „Concord“!). Die US-Airbase umfaßt mehr als ein Drittel des Flughafen-Geländes.

Zur besseren Sicherung des Flugverkehrs schlagen wir vor, daß die Landeschwelle der Bahn 25 L in die Bahn hineinverschoben wird, ohne Verlängerung der Landebahn. Dadurch verkürzt sich die Landedistanz, die jetzt aber mit 3.750 m reichlich bemessen ist. Auch 3.000 m sind aus der Sicht von Experten noch ausreichend. Durch diese Maßnahmen wird die Installation eines Landesystems „ILS Cat II“ möglich, das eine sichere Landung auch bei schlechten Sichtbedingungen erlaubt. Zum Start steht dabei die volle Länge der Bahn zur Verfügung.

Vor allem erwarten wir auch strenge Begrenzungen der Flugbewegungen in Spitzenzeiten, um eine mögliche Gefährdung der Bevölkerung durch Kollisionen zu vermeiden (z.Zt. ermöglichen die Fluglotsen in Spitzenzeiten bis zu 70 Flugbewegungen in einer Stunde).

Wir fordern neue Überlegungen für eine bessere gesamtgesellschaftliche Planung des Luftverkehrs.“

Nein zur Neutronenbombe

Der Senat der USA hat drei Milliarden Dollar für die Entwicklung neuer Atomwaffen, darunter der Neutronenbombe, bewilligt.

Präsident Carter hat den Bau neuer Atomsprengköpfe angeordnet, die in „kürzester Frist“ auf Neutronenbomben umgerüstet werden können. Dieser Schritt muß die Weltöffentlichkeit alarmieren, deren entschiedener Protest bisher den Bau dieser neuen Massenvernichtungswaffe aufhalten konnte.

Denn:

Die Neutronenbombe ist eine atomare Massenvernichtungswaffe, die menschliches Leben unterschiedslos und qualitativ auslöschen, aber militärische und zivile Anlagen erhalten soll.

Die Neutronenbombe ist die Atomwaffe für den Ersteinsatz. Als sogenannte „Gefechtsfeldwaffe“ senkt sie die Atomschwelle und macht den Atomkrieg wahrscheinlicher.

Die Neutronenbombe gefährdet die Entspannungspolitik zwischen Ost und West. Sie beschwört neue Gefahren für den Weltfrieden und neue Rüstungslasten für die Völker herauf.

Die Neutronenbombe ist von den Militärs für den „taktischen“ Gefechtseinsatz in Mitteleuropa vorgesehen. Wenn sie hier nicht stationiert werden darf, wird sie auch nicht produziert. Bisher hat der millionenfache massive Protest überall auf der Welt die Einführung der Neutronenbombe aufgehalten. Doch nun kommt es darauf an!

Nach wie vor hängt ihre Herstellung vor allem von der Haltung der Bundesregierung zu ihrer Stationierung ab. Jeder einzelne muß deshalb eine klare Aussage der Bundesregierung verlangen.

- Nein zur Neutronenbombe!
- Keine Stationierung in unserem Land!

Es waren unsere Nachbarn

Es gibt in unserer Stadt kaum eine Familie, die nicht einen unersetzlichen Verlust in den beiden grausamen Weltkriegen zu beklagen hätte. Es gibt kaum ein Dorf, in dem nicht eine Tafel mit langen Namensreihen an die gefallenen und vermißten Soldaten erinnert. Viele stumme Opfer aber werden vergessen — die Juden. Die Juden, die früher in Mörfelden wohnten, sind ausgelöscht. Sie fehlen in den alten Dorfakten, sie fehlen oft schon im Gedächtnis der Bewohner. „Bei uns ist kein KZ-Opfer bekannt.“ „Aber es gab doch Juden im Ort!“ „Ja, die wurden abgeholt.“ Sie wurden „abgeholt“, sie fehlen einfach: ehemalige Spielgefährten, Kollegen, Freunde. Wenn sich in diesen Tagen die sogenannte „Reichskristallnacht“ zum 40. Mal jährt, dann sollten wir auch unserer ermordeten und vertriebenen jüdischen Mitbürger gedenken — sie waren unsere Nachbarn.

Bis zum Jahre 1938 hatte das Hitlerregime durch gesetzliche Maßnahmen und durch Terror die Juden aus dem öffentlichen Leben praktisch ausgeschaltet. Die Grundlagen für dieses Vorgehen bildeten die Nürnberger Rassengesetze vom 15. September 1935. Der offizielle Kommentator dieser faschistischen Rassengesetze war übrigens H.M. Globke, unter Adenauer Staatssekretär und dessen engster Vertrauter. Als ein siebzehnjähriger Jude am 7. November 1938 den Nazidiplomaten Ernst vom Rath in Paris erschöß, um sich wegen der Behandlung seiner Angehörigen in Deutschland zu rächen, nahmen die Nazis dies zum Anlaß, für einen furchtbaren Pogrom in der Nacht vom 9. zum 10. November 1938. In dieser „Kristallnacht“ mißhandelten SS und SA Juden, schleppten sie in Konzentrationslager, steckten Synagogen in Brand und zertrümmerten Tausende jüdische Geschäfte. Auch in Mörfelden wurde die Scheune eines Juden eingäschert, auch hier zertrümmerten die Nazis die Fensterscheiben jüdischer Mitbürger.

Wer waren die Mörfelder Juden?

Im Buch „Die Jüdischen Gemeinden in Hessen“ von Paul Arnsberg, erschienen 1971 im Societäts-Verlag, lesen wir: „Die Mitglieder der jüdischen Gemeinde Mörfelden lebten in einfachen Verhältnissen; es waren Kaufleute, Händler, Angestellte und Handwerker. Der letzte Vorsitzende der Gemeinde war Simon Schott; er betrieb Textilhandel und war Mitglied des Mörfelder Gesangsvereins. Julius Oppenheimer war Angestellter in einer Annoncenexpedition in Frankfurt und Gründer der Naturfreunde. Moses Sobernheim handelte mit Rohprodukten und Altmetallen. Bereits im Jahre 1936 war die Inneneinrichtung der Synagoge, sie stand in der Kalbsgasse seit 1829, von Angehörigen der Hitlerjugend demoliert bzw. beschädigt worden. Das Gebäude wurde 1937 an die Konsumgenossenschaft verkauft; es wurde trotzdem im November 1938 angezündet. Im Jahre 1936 sind drei Personen nach den USA ausgewandert, drei Personen gingen nach Südamerika (1938), je eine Person nach England und Luxemburg, weitere 15 Personen sind in andere Orte, meist nach Frankfurt/Main, verzogen. Am 17.5.1939 lebten noch 16 jüdische Personen in Mörfelden.

Drei Personen sind noch im Jahre 1941 nach den USA ausgewandert. Neun Personen wurden nach Polen deportiert. Zwei Personen, die in Walldorf lebten, wurden noch im September 1942 nach Theresienstadt deportiert. 1941 war die Zahl der Juden in Mörfelden noch 13 Personen; alle mußten ihre bisherigen Wohnungen räumen und wurden im Hause von Simon Schott (Mittelgasse 9) untergebracht. In einem Schreiben vom 2.2.1942 des Bürgermeisters an die Kreisleitung der NSDAP heißt es: „Die Juden sind gegenwärtig in dem Judenhaus Simon Israel Schott, Mittelgasse 9, untergebracht, welches jedoch hoffentlich auch bald geräumt wird und für andere Familien zur Verfügung steht.“ Hinter diesen nüchternen Zeilen aus einem wissenschaftlichen Buch verbergen sich namenloses Elend und die Menschenverachtung des faschistischen Systems.

Jüdische Familien gab es schon im Mittelalter

In Mörfelden wurden jüdische Familien schon im Jahre 1550 urkundlich erwähnt. Sie nahmen wie alle am gesellschaftlichen Leben teil, wirkten in den Vereinen, trieben Sport. Im ersten Weltkrieg gab es zwei jüdische Gefallene, Josef Reiss und Adolf Rosenthal. In der Hintergasse wohnte eine Familie Sobernheim, eine Familie Weishaupt in der Elisabethenstraße. Die Familien Schott und Strauß lebten in der Mittelgasse, die Familien Kohn und Goldschmitt in der Langgasse. In der Westendstraße wohnte eine weitere Familie Schott. Es gab zwei Familien Reiss, sie wohnten in der Zwerggasse und in der Weingartenstraße. In der Brückenstraße lebte die Familie Rosenthal. Nach 1933 waren unsere jüdischen Mitbürger Schikanen und Repressalien ausgesetzt. Zur Kennzeichnung mußten sie einen gelben Stern tragen, sie erhielten kleinere Rationen auf den Lebensmittelkarten, einige mußten im Straßenbau arbeiten. Zwangsweise mußten die Männer zusätzlich den Namen Israel und die Frauen den Namen Sarah tragen. Nicht alle waren den ständigen Beleidigungen gewachsen: In der Brückenstraße verübte die Jüdin Rosenthal Selbstmord. Verschiedene Familien konnten noch rechtzeitig den Verfolgungen entgehen, indem sie auswanderten. Als letzte Mörfelder Jü-

din konnte Erna Strauß am 6. Januar 1941 nach New York entkommen.

Für die Daheimgebliebenen wurde das Leben immer unerträglicher. Am 5. März 1942 erhängte sich Simon Schott, 72 Jahre alt, in seiner Scheune. Und irgendwann im Jahre 1942 wurden unsere jüdischen Mitbürger „abgeholt“. Abgeholt, um vergast und verbrannt zu werden.

Augenzeugen schilderten uns: „... sie saßen auf ihren Koffern vor der Bürgermeisterei. Es gab herzerreißende Szenen. . . Die Kinder wurden von den Eltern getrennt.“ Die Bevölkerung sah zu, Empörung mischte sich mit Angst.

Aus der Vergangenheit lernen

Wenn wir aus Anlaß des 40. Jahrestages der „Synagogenbrandnacht“ uns der schrecklichen Vorgänge erinnern, dann sollten wir auch den Blick auf andere Tatsachen lenken. Durch Gesetze und Verordnungen begannen damals der faschistische Staat und die Finanzmagnaten wie Krupp, Mannesmann, Flick, Haniel, Hoesch, Abs, Pferdenges u.a., sich am jüdischen Eigentum zu bereichern. Auch Mitglieder der Nazi-Partei und erhebliche Teile des Kleinbürgertums beseitigten ihre Konkurrenten und vergrößerten auf diese Weise ihre Geschäfte und Betriebe. Die Großkonzerne, die sich in jenen Jahren bereicherten, haben auch heute die Macht in diesem Land und viele der strammen Nazis von damals sind später in der CDU zu Amt und Würden gekommen. Wenn wir heute sagen, wehret den Anfängen, nie wieder Faschismus, dann erwächst für uns daraus auch die Aufgabe, die Macht der Großkonzerne zurückzudrängen, die Berufsworte abzuschaffen und dem Rechtsradikalismus wo er auch auftritt die Stirn zu bieten.

rh

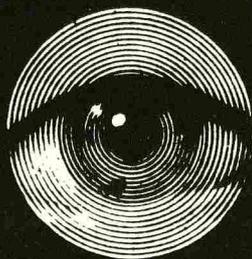
Spuren des Terrors



Dokumente

Diese Dokumentation wird weit über die Grenzen unserer Stadt hinaus beachtet und diskutiert. Ab sofort ist sie für einen Unkostenbeitrag von DM 2,- bei allen Mitgliedern der DKP-Mörfelden erhältlich.

BLICKPUNKT KOMMUNAL



Auf der letzten Stadtverordnetenversammlung nahm DKP-Stadtverordneter R. Dötsch zum Nachtragshaushalt und zum Thema „Hundetoiletten“ Stellung. Er sagte u.a.:

DKP-Stellungnahme zum Nachtragshaushalt 1978

Wie schon in den Ausschüssen erkennbar, werden wir dem Nachtragshaushalt nicht zustimmen. Da wir schon den Haushalt ablehnten, können wir schon deshalb nicht dem Nachtrag zustimmen. Die zur Verfügung stehenden Mittel sind im wesentlichen richtig eingesetzt. Wir und die anderen Fraktionen haben eingehend darüber beraten. Dank höherer Einnahmen aus Steuern und Schlüsselzuweisungen konnte ein freundlicheres Bild gezeichnet werden, als es im Frühjahr der Fall war. Doch ist die Finanzlage denn so freundlich? Wir verneinen dies. Die Gründe für die Ablehnung sind Ihnen bekannt, die Wiederholung kann ich mir sparen. Soviel möchte ich jedenfalls noch deutlich machen: Daß der Haushalt in Einnahmen und Ausgaben, Finanzierung und Investitionen ausgeglichen ist, das kann uns nicht das alleinige Kriterium für die Zustimmung zum Haushalt sein. Ein Haushalt muß den Bedürfnissen der Bevölkerung Rechnung tragen, soll die Bedürfnisse befriedigen. Unsere Ablehnung war und ist ein Protest gegen die Diskrepanz von Leistungen für die Bürger und Notwendigkeiten. Ein Protest gegen die hohe Verschuldung und gegen die schlechte finanzielle Ausstattung der Kommunen. Nichts deutet darauf hin, daß sich dieser Sachverhalt ändert, daß sich die Situation verbessert. Im Gegenteil. In Zukunft wird die Finanzdecke noch knapper gegenüber den wachsenden Aufgaben. Die Schlüsselzuweisungen werden knapper, die Zuschüsse für Sportanlagen dürftiger. Dringliche Verkehrsprobleme stehen dem gegenüber, wie Querspange, Westtangente, Südumgehung und Anbindung der Aschafenburger Straße an die B 44. Mit Vertröstungen werden sich die Bürger auf Dauer nicht zufriedengeben.

Darauf zu warten, daß sich die finanzielle Lage verbessert, ist uns zu wenig. Ständiger

und ständig schärferer Protest bei Land und Bund um einen größeren Steueranteil ist notwendig, um die Bedürfnisse der Bevölkerung zu befriedigen. Letztendlich kommen wir aber um gesellschaftliche Veränderungen nicht herum, um die Gegensätze von öffentlicher Armut und privatem Reichtum zu überwinden.

Stellungnahme der DKP zu Hundetoiletten

Um mit Wilhelm Busch zu sprechen: Man könnte erzogene Hunde ehren, wenn ihre Herrchen erzogen wären! Die Hinterlassenschaften der Hunde auf Bürgersteigen, Spielplätzen und Anlagen zwingen zu Maßnahmen. Daß die Leute „auf den Hund gekommen“, ich meine, daß sich die Leute einen Hund halten, hat wohl auch gesellschaftliche Ursachen. Diese hier zu untersuchen und auszuwerten ginge aber zu weit. Wir sind nur aufgerufen, daß die negativen Begleitumstände für andere Bürger, Nichthundebesitzer, nicht unerträglich werden. Ekelerregend ist es, wenn manche Wege und Rasenstücke im wahrsten Sinne des Wortes beschissen aussehen. Die Diskussion um die Beseitigung des Hundekots, zur Erziehung der Hundehalter wird nicht nur in dieser Stadt geführt. Ob allerdings, wie in Frankfurt, die Aufstellung von kostspieligen Behältern zum Einwerfen von Hundekot per Plastiktüte und Schaufel Erfolg haben wird, wage ich zu bezweifeln. Einfacher ist die Einrichtung von Stellen, die nicht die Umgebung verschandeln und von Hund und Herr angenommen werden. Ebenso wie Papierkörbe, die aufgestellt werden, und die Bürger, die erzogen werden müssen, diese auch zu benutzen und nicht die Abfälle auf die Straße werfen, ist es mit den sogenannten Hundeklos. Neben der Bitte an die übrigen Fraktionen dieses Hauses, diesem Prüfungsantrag zuzustimmen, möchte ich die Bitte an den Magistrat richten, die Ergebnisse der Untersuchungen möglichst bald mitzuteilen, damit etwaige Mittel im Haushalt 1979 eingesetzt werden können.

Ein Fehler im „Gebabbel“

Man kann die alten Geschichten gar nicht genug überprüfen, denn sehr leicht schleichen sich Fehler ein. So ein Fehler ist uns auch im „Merfelder Gebabbel“ passiert. Von einem alten Mörfelder wurde uns die Anekdote vom „alte Nochtbollezei“ erzählt, der betrunken auf der Straße liegend einer „Badrullje“ eine gescheite Antwort gegeben haben soll (abgedruckt auf Seite 68). Mittlerweile wurde uns mitgeteilt, die Geschichte sei zwar so passiert, es sei aber nicht der Polizist Geiß gewesen, der, wie es heißt, gar nichts trinken durfte, sondern ein anderer alter Mörfelder. Es tut uns leid, daß dieses Versehen passiert ist.

Lausige Zeiten

Kinder der Bürgermeister-Klinger-Schule wurden angewiesen, zum Arzt zu gehen und sich bescheinigen zu lassen, daß sie „lausfrei“ (frei von Nissen) seien. Nachdem Fälle von Kopflausbefall vorgekommen sind, sah sich die Schulleitung zu dieser Maßnahme gezwungen. Auch im Kindergarten wurden Kopfläuse festgestellt. So etwas gibt es also wieder, und man dachte, daß unsere Zivilisation derartiges Ungeziefer besiegt hätte. Vorsicht beim Gebrauch des Wortes „Lausbuben“, es könnte stimmen und Schamröte verursachen!



Vor jeder Wahl ist auf dem „Dalles“ schwer was los. Alle Parteien sind aktiv, die Bürger kommen kaum noch zum Einkaufen. Ein DKP-Plakat (unser Foto) wies aber damals schon daraufhin, daß es auch wieder ruhiger wird. Genau das ist eingetroffen. Jetzt finden wir samstags nur noch die DKP auf dem Rathausplatz und vorm Spar-Markt. Dort kann man mit unseren Stadtverordneten diskutieren, dort erhält man den neuen „blickpunkt“ und jede Woche die „UZ“, die Tageszeitung der DKP.

Gesamtschule – Geschwister-Scholl-Schule?

Es scheint so, als würde ein alter, einstimmig im Dezember 1970 gefaßter Beschluß der Mörfelder Stadtverordneten nach acht Jahren Wirklichkeit. In einer der letzten Ausschußsitzungen plauderte das Kreisausschußmitglied Vorndran aus dem Nähkästchen. Er meinte, daß ein diesbezüglicher Beschluß demnächst im Groß-Gerauer Landratsamt gefaßt wird.

Im Jahre 1970 stellte die damalige SDO-Fraktion, bestehend aus den DKP-Vertretern Artur Siegel und Heinz Hechler, den Antrag, bei kommenden Namensgebungen für Straßen und für die Gesamtschule den Widerstandskämpfern gegen den Faschismus zu gedenken. Vorab wurde damals einstimmig, mit den Stimmen der SPD, CDU, FDP und der zwei DKP-Vertreter der Beschluß gefaßt, der Gesamtschule den Namen Geschwister Scholl zu geben. Der Magistrat wurde damals aufgefordert, im Einvernehmen mit der Stadt Walldorf bei der hessischen Landesregierung und beim Landkreis Groß-Gerau diesen Antrag zu stellen.

Die Worte des Stadtverordneten Heinz Hechler im Dezember 1970 zu diesem Tagesordnungspunkt haben auch heute noch volle Gültigkeit. Er erklärte unter anderem: „Wir halten es für angebracht, mit einer solchen Ehrung auch in Mörfelden ein Zeichen zu setzen. Gerade heute gilt es, aus der Vergangenheit die Lehren zu ziehen. Die Männer, die in den finsternen Jahren des Naziregimes Widerstand leisteten, retteten das Ansehen Deutschlands. Diese Männer kamen aus allen Volksschichten. Es waren Sozialdemokraten und Kommunisten, Protestanten und Katholiken. Zu ihnen gehörte Graf Stauffenberg ebenso wie Ernst Thälmann. Wir sind es nicht zuletzt den Mörfeldern schuldig, die wegen ihres mutigen Auftretens viele Jahre ihres Lebens in Zuchthäusern und Konzentrationslagern verbringen mußten.“

Wenn es auch acht Jahre dauerte, bis man sich im Landratsamt Groß-Gerau hierzu durchringen konnte, so begrüßen wir trotzdem den nun endlich gefaßten Beschluß. Die Namensgebung sollte in einer würdigen Feier in der Gesamtschule stattfinden, bei der Schüler, Lehrer und Eltern, stellvertretend für alle Opfer im Widerstandskampf gegen den Faschismus, der mutigen Tat der Geschwister Scholl gedenken. HH

Eine Gleichung, die nie aufgeht

Befürworter der Berufsverbote gegen Kommunisten und andere Demokraten haben es gegenwärtig nicht leicht. Bei Veranstaltungen in unserem Land, bei Staatsbesuchen im Ausland wird ihnen als Gretchenfrage gestellt: „Sage mir, wie du zu den Berufsverboten stehst, und ich sage dir, ob du ein Demokrat bist.“

Der CDU/CSU, aber auch vielen FDP- und SPD-Führern läßt diese Entwicklung keine Ruhe. Die ältesten Mätzchen müssen her, um die verfassungswidrigen Berufsverbote zu rechtfertigen. Leisler-Kiep (CDU) und Heinz Kühn (SPD) drehen vereint an der alten Orgel der Gleichsetzung von Kommunisten und Faschisten. Doch diese Gleichung geht niemals auf, auch nicht zur Begründung von Berufsverboten gegen Kommunisten.

Keine Faschisten im Staatsdienst? In welchem Land leben diese Herren? Mußte nicht gerade Hitlers furchtbarer Richter Filbinger seinen Ministerpräsidentensessel räumen dank Massenprotestes? War nicht der Goebbels-Mitarbeiter Kiesinger Bundeskanzler? Wird nicht gerade jetzt der NS-Führungsoffizier Strauß Ministerpräsident in Bayern? Namen wie Oberländer, Globke, Gehlen als Minister, Staatssekretäre, Geheimdienstchefs, Blutrichter des Nazisystems in höchsten Gerichten, alte und neue Nazis an Schaltstellen der Bundeswehr und Polizei, das 131er Gesetz, das allen Nazibeamten die Wiedereinstellung auf allen Ebenen des Staatsapparates garantierte, all das prägt doch das Gesicht der Bundesrepublik, sicherte die Wiederherstellung der alten Besitz- und Machtverhältnisse.

Die Kehrseite dieser generalstabsmäßigen Besetzung

aller Schlüsselfunktionen des Staates – aller „Sicherheitsbereiche“, wie sie Heinz Kühn nennt – mit ehemaligen willfähigen Dienern des Faschismus war schon in den fünfziger Jahren der Adenauer-Erlass, der Berufsverbot über Kommunisten und andere Demokraten verhängte. Beides gehörte zu dem Weg, der zur Spaltung Deutschlands, zum kalten Krieg, der in die Sackgasse der Adenauer-Politik führte.

Kommunisten waren unbestritten die entschiedensten Kämpfer gegen den Nazismus, brachten die größten Opfer für die Demokratie, standen in der ersten Reihe derer, die für die Überwindung der Folgen der faschistischen Verbrechen eintraten. Sie wirkten, entsprechend dem antifaschistischen Auftrag des Grundgesetzes, gegen Remilitarisierung und Neonazismus, für Frieden und Entspannung. Berufsverbote gegen sie sind heute untrennbar verbunden mit dem Bestreben, unser Land in die Schützengräben des kalten Krieges zurückzudrängen.

CDU-Chef Kohl und andere behaupten: Die Eltern wollen keine Kommunisten als Lehrer, sie wollen nicht, daß ihre Kinder „indoktriniert“ werden. Doch überall, wo kommunistische Lehrer vom Berufsverbot bedroht sind, solidarisieren sich mit ihnen Kollegen, Eltern, Schüler. Sie widerlegen das gefälschte Bild vom doktrinären Verfassungsfeind. Was übrigbleibt, wird allen sichtbar: CDU/CSU und rechte Führer von FDP und SPD betreiben gemeinsam die undemokratische Gleichschaltung der Schule für die Interessen des Großkapitals. Dagegen sich zur Wehr zu setzen, ist Pflicht aller Demokraten. Die Berufsverbote müssen verschwinden.

**für Arbeiter geschrieben
von Arbeitern vertrieben
von Arbeitern finanziert**



**die Arbeiterzeitung,
die Partei ergreift!**

Verkehrsprobleme

Immer mehr hat die Bevölkerung unserer Städte und Gemeinden unter dem Verkehrslärm und den Abgasen der Fahrzeuge zu leiden.

Außerordentliche Belastungen gibt es in Walldorf nach der Schließung des Bahnüberganges in der Hermann-Löns-Straße, aber noch mehr in Mörfelden durch die beiden Bundesstraßen B 44 und B 486 und zwar in der Westendstraße, Langener Straße, Groß-Gerauer Straße, Gärtnerweg und Rüsselsheimer Straße.

Durch den innerstädtischen Verkehr ist ganz besonders die Ringstraße betroffen. Der Hauptgrund der Zunahme des Verkehrsaufkommens liegt sowohl an der starken Motorisierung, zu der wir alle unseren Teil beitragen mit der Benutzung unseres Fahrzeuges. Wir dürfen allerdings nicht außer acht lassen, daß man in unserem Lande dem Individualverkehr vor den öffentlichen Verkehrsmitteln den Vorrang gab. Die Folge davon ist, daß immer mehr und immer breitere Straßen benötigt werden. Eine weitere Ursache der Zunahme des Straßenverkehrs in unserem Raume ist, daß sich die Städte und Gemeinden im Rhein-Main-Gebiet sehr stark vergrößert haben. Immer weitere Baugebiete wurden ausgewiesen und die Baugesellschaften witterten das große Geschäft, indem sie Menschen aus allen Gegenden des Bundesgebietes hierher lockten.

Liebe Leser

Der "blickpunkt" wird in Mörfelden gern gelesen.

Oft hört man anerkennende Worte und oft steckt man uns einen Geldschein zu. Dafür bedanken wir uns herzlich.

Viele Bürger geben uns Hinweise oder schreiben Leserbriefe. Das macht den "blickpunkt" interessant und lesenswert.

Wir freuen uns über jede Unterstützung.

Die Redaktion

Es ist eine späte Erkenntnis, wenn führende Sozialdemokraten in dieser Stadt heute sagen, daß keine weiteren Baugebiete mehr ausgewiesen werden dürfen bevor wichtige Straßenbaumaßnahmen, wie die Westtangente und die Querspange, durchgeführt sind.

Wir sind der Meinung, daß diese Erkenntnis zu spät kommt.

Nach Bezug des jetzigen Baugebietes Steinweg Nord wird es für die Bewohner der Ringstraße schier unerträglich werden. Aber auch schon während der Bebauung wird die Belastung durch Schwerfahrzeuge zunehmen. Hier hat man unsere Warnungen während der Beratung des Bebauungsplanes immer in den Wind geschlagen.

Um den innerstädtischen Verkehr in diesem Stadtteil, aber auch in Walldorf, im Bereich der Hermann-Löns-Straße zu entlasten, müßte der Bau dieser Straßen baldigst begonnen werden. Aber hierzu fehlt der Stadt das Geld, denn sie muß allein für die Kosten aufkommen.

Auch der jüngste SPD-Antrag, daß der Magistrat die Planungsarbeiten für die Querspange vorantreiben soll, ist sicherlich nur als Beruhigungsspiel gedacht. Die vom Lärm geplagten Bürger sollten in der demnächst stattfindenden Bürgerversammlung massiv auf den schnellsten Straßenbau drängen. Aber auch in der Westendstraße und in den übrigen betroffenen Straßen wird es solange keine Besserung geben, bis die Südumgehung realisiert ist. Es sieht aber so aus, daß noch einige Jahre darüber ins Land gehen, denn vorerst ist nur an den nächsten Abschnitt der B 44 zwischen Zeppelinheim und Aschaffener Straße mit den dazu notwendigen Anbindungen gedacht. Daß sich die Bürger nicht früh genug um die geplante Trassenführung und um die Art des Ausbaues kümmern können, zeigte die letzte Bürgerversammlung in Walldorf. Dort konnte man feststellen, daß die Anwesenden recht überrascht waren über das Vorhaben des Straßenbauamtes, denn man gedenkt die Straße vierspurig, also autobahnähnlich, fortzusetzen, wodurch großzügige Anbindungen der Aschaffener Straße von Walldorf kommend aber auch aus der Richtung Langen, wo ebenfalls ein Ausbau geplant ist, erforderlich werden.

Die Fortsetzung dieser Bundesstraße in Richtung Mörfelden soll nach den Vorstellungen der Planer vierspurig über eine neu zu bauende Autobahnbrücke, hinter der Tankstelle Schurstein, durch

das Gebiet „An den Eichen“ bis zur Nikolauspforte geführt werden.

Viele Anwesende der Walldorfer Bürgerversammlung waren über diese, für sie seither nicht in dem Maße bekannten Planungen, sehr überrascht. Es hatte den Anschein, daß die Mehrzahl der Anwesenden einen zweispurigen Ausbau von Zeppelinheim ab für ausreichend hielt. Ein Manko war es, daß die Straßenbaubehörde keine definitive Verkehrszählung vorlegen konnte, womit ein vierspuriger Ausbau untermauert werden könnte. Bei vielen, die Bedenken äußerten, wird wohl der erhebliche Waldverlust bei einem vierspurigen Ausbau den Ausschlag gegeben haben.

Demnächst muß der Bauausschuß über die Straßenbaumaßnahme entscheiden.

Der „blickpunkt“ wird wie in der Vergangenheit sich weiterhin bemühen, für Aufklärung zu sorgen und die DKP-Fraktion wird sich dafür einsetzen, daß die betroffenen Bürger möglichst früh in die Planung solcher Baumaßnahmen einbezogen werden.

Heinz Hechler

POST

Hans Kohlhepp, Hochstraße 18, sandte uns einen Brief aus dem wir zum Thema Verkehrsplanung einige Auszüge abdrucken.

Zweispurig reicht

„Nach meinem Ermessen besteht keine Notwendigkeit, die neue B 44 vierspurig zu führen.“

Meine Begründung für eine zweispurige Straße:

1. Die Autofahrer zum Stadtteil Walldorf zweigen an der Aschaffener Straße ab.
2. Die Mörfelder werden weiterhin die nähere alte B 44 benutzen.
3. In Richtung Rüsselsheim und dem neuen Stadtteil von Mörfelden, westlich der Bahnlinie, wird wohl die begonnene Westtangente benutzt werden.

Somit bleibt nur noch der Umgehungsverkehr in Richtung Darmstadt, Groß-Gerau und Rüsselsheim übrig und dazu bedarf es keiner Rennbahn mit entsprechendem zusätzlichem Lärm, den wir schon reichlich genießen können. Nachdem sich der S-Bahn-Betrieb nördlich des Mains gut bewährt hat, ist auch die hiesige Bevölkerung in steigendem Maße daran interessiert.“

„Merfeller Gebabbel“ wurde ein Schlager

Das Dialektbuch „Merfeller Gebabbel“ ist ein Schlager geworden.

In zwei Monaten wurden fast 1.000 Exemplare verkauft. Der Aufforderung der Herausgeber, weitere Dialektwörter einzusenden, folgten zahlreiche Bürger.

Außerordentlich gelobt wurde das Buch auch bei den Fachleuten. So schreibt Manfred Blechschmidt, ein renommierter Mundartdichter aus dem Erzgebirge: „Ich habe mich aus vielerlei Aspekten sogleich mit Eurem Buch beschäftigt und gewiß nicht oberflächlich gelesen. Ich kann natürlich keine Dialektwörter auf die beigelegte gelbe Karte schreiben, bin aber begeistert über Euer Buch.“

Großes Echo kam auch aus Mörfelden selbst. Immer wieder wurde erwähnt, daß die Dialektwörter in den Familien großen Spaß bereiten. Bekannt wurde auch, daß viele Bücher ins Ausland geschickt wurden. Übers „Merfeller Gebabbel“ wird heute also bereits bei ehemaligen Mörfeldern in vielen Ländern gelacht und geschmunzelt. Wenn jetzt langsam über die Weihnachtsgeschenke nachgedacht wird, so können wir nur empfehlen, das Buch „Merfeller Gebabbel“ und den neuen „blickpunkt“-Kalender '79, der bald erscheint, in diese Gedanken mit einzubeziehen. In jedem Fall schöne Geschenke für Mörfelder – wo auch immer sie heute wohnen.

Merfeller Gebabbel

Viele interessante Bilder vom „Alten Mörfelden“, Sprüche in Mundart und ein Dialektwörter-Verzeichnis, sind in diesem Buch zusammengefaßt.

Hätten Sie nicht Lust, es kennenzulernen? Haben Sie schon daran gedacht, daß Sie mit diesem „Merfeller Gebabbel“ Ihren Verwandten oder Bekannten, auch denen die vielleicht früher in Mörfelden wohnten, eine große Freude machen können? Auch „Zugezogene“ sollten sich dieses Buch kaufen, damit es keine Verständigungsschwierigkeiten mit den Alteingesessenen mehr gibt.

Erhältlich ist es zum Preis von DM 15,- bei den Mörfelder Buchhandlungen, der Druckerei Scholl und Klug, bei den DKP-Stadtverordneten und allen Mitgliedern der DKP.

UZ

Unsere Zeit
Zeitung der DKP



Nur eine Grabplatte. Jolan Freifeld, ermordet im KZ-Außenlager Walldorf, liegt mit weiteren Opfern auf dem Ofenbacher Alten Friedhof begraben. Die DKP-Walldorf, die nach umfangreichen Forschungen die Geschichte des „vergessenen KZ“ ans Licht brachte, schickte das Foto der Grabstätte an die Tochter, die heute in Israel lebt und die die Ruhestätte der Mutter nicht kannte.

Die DKP-Dokumentation über das KZ-Außenlager wurde in den Massen-

medien beachtet, zahlreiche ausländische Zeitungen berichteten ausführlich über diese Arbeit. Die holländische illustrierte „Panorama“ brachte einen großen Bildbericht.

Die CDU-Jugend unserer Stadt reagierte auf besondere Weise; in ihrer Zeitschrift „Tam-Tam“ konnte man lesen: „Die DKP diskriminiert die Walldorfer mit der falschen Behauptung, daß es in Walldorf ein KZ gegeben habe. . .“ Einen Kommentar hierzu wollen wir unschicken.

Macht mit bei den Jungen Pionieren!

Gruppennachmittage

Samstag, den 11.11.78:
Wir malen unseren Raum im
Jugendzentrum an.

Samstag, den 18.11.78:
Große Herbstwanderung.
Wir suchen Blätter.

Samstag, den 25.11.78:
Wir basteln mit den Blättern
von der Herbstwanderung.

Samstag, den 2.12.78:
Etwas für Wasserratten.
Wir fahren ins Hallenbad.

Treffpunkt: immer im
Jugendzentrum (am Bahndamm)
um 15.00 Uhr.



Ich möchte nähere Informationen
über die Jungen Pioniere.

Name:

Anschrift:

Alter:

Abschnitt einsenden an:
Brigitte Hechler
Würzburger Straße 5
6082 Mörfelden



Mörfelden gestern

Die alten Postkarten. Wenn es sie nicht gäbe, wären viele der alten Dorfansichten nicht mehr wiederzugeben und man könnte sich auch nur schwer an alle Gastwirtschaften erinnern, die es hier am Ort schon gab.



Die Postkarte (oben), sie wurde am 12. 7. 1913 verschickt, zeigt die Wirtschaft „Zur Waldlust“; Besitzer Heinrich Weg. Das Haus stand im freien Feld in der Darmstädter Straße.



Die Postkarte (in der Mitte), sie hat einen Poststempel vom 22. 8. 1915, führt uns die Bahnhofstraße vor. Rechts die schöne Gartenwirtschaft „Zum Taunus“ (heute ist hier die Apotheke). Auf der linken Seite das ehemalige Gasthaus „Zum Rosengarten“.

Auf der Karte (unten), am 13. 10. 1915 kam sie zur Post, sehen wir die ehemalige Wingertfeldstraße (heute Steinweg). Auf der linken Seite (Ecke Jungmannstraße) war die Gaststätte „Zum Hessischen Hof“, Besitzer Peter Fückel.



Wir freuen uns sehr, wenn uns Bürger solche alten Fotografien zum Abdruck zur Verfügung stellen. Viele solcher Aufnahmen gibt es natürlich im „blickpunkt“-Buch „Mörfelder Gabbel“.



4. Arbeiterkonzert der DKP Hessen

Freitag, den 24. November 20 Uhr
Hugenottenhalle Neu-Isenburg

Eintritt: DM 6,- Schüler, Studenten,
Lehrlinge, Rentner, Soldaten: DM 3,-

Dresdner Philharmonie

Beethoven, Sinfonie Nr. 8

Berg, Violinkonzert

Mussorgski,

Bilder einer Ausstellung